

Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung: Prag II., Havliczkova nám. 32. Telefon 6795.

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich K 16.— vierteljährlich 48.— halbjährig 96.— ganzjährig 192.—

Ablieferung von Manuskripten erfolgt nur bei Einbringung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

3. Jahrgang.

Freitag, 5. Oktober 1923.

Nr. 232.

## Die slowakische Sphinx.

Die slowakischen Wahlen haben einen Ausgang genommen, der die tschechischen Regierungsparteien in einen Seelenzustand versetzt hat, den man schon kaum mehr als Verdummtheit bezeichnen kann. Nach den Gemeindevahlen, deren Ausfall sie als symptomatisch für das Ergebnis eventueller Parlamentswahlen ansahen, zeigten sich die Regierungsparteien über die an den Tag gelegte „staatszerhaltende“ Gesinnung der Mehrheit der Wählerschaft sehr befriedigt. Aber eine einzige Woche später und das Bild ist schon ein ganz anderes. Damit hat auch die Stimmung der Regierenden sich gewechselt: gestern himmelhoch jauchzend, heute zu Tode betrübt. Die Behauptung, daß die Gemeindevahlen keinen genauen Maßstab für die politische Meinung der Bevölkerung bilden, erfährt durch die Wahlen in der Slowakei ihre volle Bestätigung. Die Verschiebung in den Stimmzahlen, die zwischen den Gemeinde- und den Wahlen liegt, bedeutet für die Regierung eine volle Niederlage. Als stärkste unter den Parteien ging bei den Wahlen die slowakische Volkspartei (das ist die liberale Partei Hlinkas) mit 67 unter 211 Mandaten hervor. Zu diesen oppositionellen Mandaten kommen 28 Mandate der Kommunisten, 17 der ungarischen Christlich-sozialen, 21 anderer ungarischer Oppositionsparteien, zusammen mindestens 133 Mandate. denen im besten Falle 74 regierungsfreundliche Mandatsstränge gegenüberstehen. Die Mehrheit der Bevölkerung der Slowakei hat also oppositionell gewählt! Wenn auch dem Wahlausfall für die Regierung selbst keine allzu große Bedeutung zukommt, da die Regierung nach der Wahlen das Recht besitzt, ein Drittel der Gouverneure zu ernennen, so stellt es doch ein politisches Votum von größter Bedeutung dar. Die Tatsache steht fest: fast zwei Drittel der Bevölkerung der Slowakei befinden sich zur gegenwärtigen Regierung und Verfassung in Opposition! Neuwahlen für das Parlament könnten ergeben, daß die heutige Koalitionsmehrheit wie Schnee in der Sonne zerinnt.

Die Gewinnung einer Mehrheit in der Slowakei schien den Regierenden nur ein technisches Problem, über das sie sich die Köpfe nicht weiter zerbrechen zu müssen glaubten, denn das System, nach dem zu verfahren sei und das den berühmten Namen „ungarische Wahlen“ trug, brauchte nur von den früheren Budapester Gewalttätern übernommen und befolgt zu werden. Es dachte den Slowaken, so wurde kalkuliert, nur eingeredet werden, daß sie nunmehr „befreit“ sind und daß die slowakischen Nationalisten im Budapester Solde stehen, für das übrige werde schon die Gendarmerie sorgen. Besonders das letztere Mittel hatte sich ja zur Korrigierung des Wahlgücks früher stets sehr wirkungsvoll erwiesen. Aber so einfach liegen die Dinge in der Slowakei nicht mehr. Die fünfjährige Prager Herrschaft hat ausgereicht, um die Abneigung der slowakischen Bevölkerung in einem Maße zu wecken, daß dagegen die Mittel und Mittelstufen, mit denen man die Wähler zur regierungsfremden Abstimmung zu verhalten suchte, wirkungslos bleiben mußten. Die Zeitungen der Regierungsparteien ergehen sich jetzt, soweit sie nicht hartnäckig vor den Tatsachen die Augen schließen, in Betrachtungen darüber, welche Ursachen diese Wahlniederlage verschuldet haben, doch keine befriedigende Erklärung für den gewaltigen Wandel, der sich in der Gesinnung der slowakischen Bevölkerung seit dem Jahre 1920 zeigt. Auch der Hinweis darauf, daß die slowakische Volkspartei eine verlogene Agitation betrieben und Terror ausgeübt habe, ist nur eine armselige Bemäntelung für den eigentlichen Grund, denn daß die Wahlagitation der Regierungsparteien nur Züge der Vornehm-

## Eine Regierung der Schwerindustrie und Junter

### Das Kabinett gegen die Arbeiterschaft.

Berlin, 4. Oktober. (Eigenbericht.) In der Reichskanzlei wird soeben — 9 Uhr abends — mitgeteilt, daß die Verhandlungen mit Allen von Stresemann in Betracht gezogenen Persönlichkeiten beendet und die Kabinettsbildung vor dem Abschlusse stehe. Die Veröffentlichung der Ministerliste würde morgen erfolgen. Die neue Regierung dürfte diese Zusammenstellung haben: Dr. Stresemann, Volkspartei (Reichskanzler und Aussenwesens), Gessler, Demokrat (Reichswehr und Inneres), Dr. Luther, Volkspartei (Finanzen und Wirtschaft), v. Dypen, Agrarier (Ernährung und Landwirtschaft), Dr. Braun (Arbeitsminister), Bogt (besetzte Gebiete), Hendrich (Post- und Eisenbahnen). Für das Innenministerium hatte Herr Stresemann wiederum den Genossen Sollmann vorsehen gehabt. Sollmann und die Partei geben ihm jedoch sofort deutlich zu verstehen, daß die Teilnahme von Sozialdemokraten an dieser Regierung vollkommen ausgeschlossen sei.

Die neue Regierung Stresemann, deren Konturen hier bereits sichtbar sind, wird — das läßt sich wohl jetzt schon sagen — nurmehr ein Scheinbild eines parlamentarischen Regimes sein. Stresemanns Direktorium, das sich da vornimmt, noch rechts gegen den deutschnationalen Terror der Straße, gegen die hakenkreuzerischen Buschabfichten und nach links gegen die sozialistische Arbeiterschaft zu regieren, ist in Wahrheit nur eine Uebergangsbildung zur außerparlamentarischen Diktatur, deren Tendenz wirtschaftlich vom industriellen Kapital, politisch vom rechten Flügel der Deutschen Volkspartei bestimmt werden wird. Unter deutschnationalen Einfluß wird das Direktorium Stresemann mehr noch, als es dem Regierungschef genähert sein wird, sich zu einer Diktatur gegen die Arbeiterschaft entwickeln, deren politische Vertretung, die Sozialdemokratie, durch den Vorstoß gegen den Achtstundentag ausgeschliffen wurde und an deren Opposition auch die parlamentarische Durchsetzung der schwerindustriell-deutschnationalen Forderung durch das Direktorium Stresemann scheitern wird. Die nächste Frage — Auf-

lösung des Reichstags und bürgerliche Diktatur — ist Ziel u. Wunsch vielleicht weniger Stresemanns, als der Hakenkreuzer, Militärs und Monarchisten, die im Anschluß an die Regierung Deutschlands sich den Anfang von dem ihnen erwünschten Ende erhoffen.

Mit dem Sturz der großen Koalition hat die reichsdeutsche Bourgeoisie — von Zentrum und Demokraten hofft man, daß sie die Schwelung nach rechts schließlich doch mitmachen werden — die Generaloffensive gegen die gesamte Arbeiterschaft eröffnet, die Republik in die allerschwerste Gefahr gebracht und die Stellung Deutschlands nach außen tödlich bedroht. Es geht nicht um die „notwendige“ Verlängerung der Arbeitszeit — dem Hunderttausende Arbeiter Deutschlands sind arbeitslos — sondern diese Forderung, die der neue Stresemann bereits zu seinem Programmpunkt gemacht hat, ist nur gesuchter Anlaß zur Eröffnung der Niedermüppelung des Proletariats. Dieses aber ist gewappnet und wird wohl Kraft besitzen, den Generalangriff der Rechten abzuwehren.

Berlin, 4. Oktober. (Eigenbericht.) Der Reichskanzler Stresemann, dem die Bildung des neuen Kabinetts übertragen worden ist, hat den heutigen Tag mit der Lösung dieser Aufgabe verbracht. Es ist nicht anzunehmen, daß die neue Regierung vor morgen zustande kommen wird, und vor Samstag wird sie kaum Gelegenheit finden, sich dem Reichstag vorzustellen. Dr. Stresemann will jetzt den Versuch unternehmen, ein sogenanntes überparteiliches Kabinett zusammenzustellen, das aber nach der Lage der Verhältnisse nur eine verschleierte Rechtsregierung sein kann. Bezeichnend für die Situation ist es, daß als aus-

schließlichste Persönlichkeit hartnäckig der Generaldirektor der Stinneswerke Minoux genannt wird, dem zugleich das Finanz- und das Wirtschaftsministerium übertragen werden sollen, während ein ausgesprochener Agrarier als fünfjähriger Ernährungsminister bezeichnet wird. Sollte sich Stresemann wirklich auf die Schwerindustriellen und Großagrarier stützen und mit ihnen die von ihm schon im vorigen Kabinett geforderten diktatorischen Befugnisse fördern wollen, so wird er auf die stärkste Gegnerschaft der Sozialdemokraten stoßen.

Heute abends findet in Berlin eine große

Anzahl sozialdemokratischer Versammlungen statt, in denen durchwegs Abgeordnete Bericht über die politische Situation und die Haltung der Sozialdemokratie geben. Soweit sich die Stimmung unter den Berliner Parteigenossen übersehen läßt, stimmt man überwiegend dem Austritte aus der großen Koalition zu; im Reich dürfte die Auffassung nicht anders sein. Es hat sich schon seit einiger Zeit eine Strömung in der Partei herausgebildet, die den Bruch mit der Koalitionspolitik fordert. Sie kann sich jetzt darauf berufen, daß die Ereignisse ihr darin Recht gegeben haben, daß nämlich die Koalition sofort aufliegen werde, sobald es zur Austragung der wirtschaftspolitischen Gegensätze zwischen der Arbeiterschaft u. den kapitalistischen Klassen komme. Die weitere Entwicklung der Verhältnisse wird allerdings erst die Entscheidung darüber bringen, ob die Koalitionseure oder die Koalitionseinde Recht behalten, wenn es sich darum handeln wird, die Ansprüche der Bourgeoisie auf die Rechte der Arbeiter abzuwehren.

Die freigeberischen Spitzenorganisationen richten an die Arbeiter, Angestellten und Beamten einen Aufruf, worin die Gefahren hingewiesen wird, von denen die deutsche Arbeitnehmerschaft bedroht wird. Nicht genug, heißt es in dem Aufruf — daß der unerbittliche Gegner im Westen auf den Zerfall der Deutschen Republik lauert und an den Grundrechten der Arbeiter, Angestellten und Beamten rüttelt, holen in Deutschland selbst ihre wirtschaftlichen und politischen Widersacher zum entscheidenden Schlag aus, alle innerpolitischen Gegner der Republik arbeiten sich in die Hände, um die Autorität des Reiches zu untergraben und die Entrechtung der deutschen Arbeiterschaft durchzuführen. Der Aufruf schließt: Arbeiter, Angestellte und Beamte, Erkennt die Gefahr! Jetzt ist nicht die Zeit, in Eueren eigenen Reihen politische Gegensätze auszutragen und Euerer Kräfte zu zersplittern. Gegen die Feinde der Arbeitnehmerschaft muß die geeinigte Macht des deutschen Proletariats eingesetzt werden; nur so ist der Ansturm der Gegner zu brechen. Die Gewerkschaften sind entschlossen, den Kampf um Euer Recht zu führen — wenn es sein muß, auch mit den äußersten Mitteln, über deren Anwendung jedoch niemand anderer als die Zentralleitung der Gewerkschaften entscheiden darf. Angestellte, Arbeiter, Beamte, befolgt ausschließlich die Weisungen der Spitzenorganisationen, haltet Disziplin! Wieder mit den Feinden der Arbeiterschaft, es lebe die Deutsche Republik!

## Hitters Schandblat! verboten.

München, 4. Oktober. (Wolff.) Die Korrespondenz Hoffmann teilt mit: Der „Völkische Beobachter“ ist am Donnerstag vom Generalkonsulatskonsularat bis zum 14. Oktober einschließlich verboten worden, weil er, und zwar trotz ausdrücklicher Verwarnung vor dem Abdruck solcher schon von ihm gebrachten Aufrufe, einen in seiner Wirkung an Landesverrat grenzenden Aufruf mit der Ueberschrift: „Artilleristen macht feuerbereit“ veröffentlicht hat. Diese Aufrufe bedeuten ein schwere außenpolitische Gefährdung des deutschen Volkes.

München, 4. Oktober. Der Reichspostminister hat die Postbesperrung des „Völkischen Beobachters“ verboten.

Ditler gab heute die Bedingungen bekannt, auf deren Grundlage seine Kampfverbände bereit sind, mit der Regierung zusammenzuarbeiten. Diese Bedingungen sind folgende: 1. Die Absetzung des Innenministers; 2. die Absetzung des Landwirtschaftsministers; 3. die Ausweisung aller Juden, die nach dem Jahre 1914 nach Bayern kamen und die Konfiskation ihres Eigentums; 4. die sofortige Einführung der allgemeinen militärischen Dienstpflicht und 5. die sofortige Einberufung der drei jüngsten Jahrgänge unter die Waffen.

## Steuerhug für die Stinnes-Armen.

München, 4. Oktober. Ministerpräsident von Brüning hat an den Reichskanzler ein Telegramm gerichtet, worin er ihn ersucht, die Einhebung der direkten Steuern, wie Einkommensteuer, Rhein-Ruhr-Abgaben usw. vorläufig einzustellen, bis eine Reform der Steuer-gesetzgebung durchgeführt ist.

heit trug, wird der abgefeimteste Lügenbold nicht behaupten können. Wenn sich daher die Koalitionsparteien als die unschuldsvollen Hascherln ausgeben, die von der vor nichts zurückredenden Agitation der Hlinkaleute überrannt wurden, so ist es müßig, solchen Klagen Beachtung zu schenken. Wahrheit ist anders. Den Grund dafür, daß die große Mehrheit der Bevölkerung der Slowakei heute zu Prag im schärfsten Gegensatz steht, hat man in der allen Geboten der Einsicht und Vernunft widersprechenden Herrschaft der Prager Machthaber zu suchen. Kurz gesagt: die Slowakei wurde fünf Jahre hindurch nach denselben Grundgesetzen regiert, die in den deutschen Gebieten zur Anwendung gelangten. Alle Liebesbeteuerungen gegenüber den Slowaken hinderten die tschechischen Nationalisten nicht, die Slowakei als ein Reservoir zur Unterbringung tausender tschechischer Beamten, Bediensteten, Lehrer und Professoren zu machen, nicht anders als es in den deutschen Gebieten der Republik systematisch geschieht. Der Import der Slowakei sind tschechische Beamte, tschechische Bahnhofsrestaureure, der Export slowakische Auswanderer. Man kann ein Gebiet, so kulturell rückständig es auch sein mag, nicht dauernd wie eine überseeische Kolonie verwalten. Zumindest darf man sich nicht wundern, wenn bei solcher Verwaltung die „staatszerhaltende“ Gesinnung auf den Aussterbeetat gelangt. In der Slowakei wie gegenüber den anderen nichttschechischen Volksstämmen wur-









jedoch nicht mehr zurück, sondern wurde später unter eigenartigen Umständen vom schloßherrlichen Förster als Leiche gefunden.

Werkwürdigerweise fand die Potsdamer Staatsanwaltschaft all die Zeit über angeblich keinen Anhaltspunkt, um durch ein gerichtliches Verfahren Licht in die dunkle Angelegenheit der Ermordung des Jungen zu bringen.

Weichen Typ des rohen und brutalen Agrariers wir vor uns haben, ersieht man aus seinem Vorgehen. Als hunger Offizier hat v. Raabne, wie er bei seiner Vernehmung offen zugibt, nur deshalb auf einen Soldaten mit dem Säbel eingeschlagen, weil dieser sich auf der Wache unbotmäßig benommen haben soll.

Der Hauptbelastungsschwerpunkt befand sich auf dem Erbschossen zusammen am Zeugen die Eier gesucht habe. Kurz nachdem sie sich getrennt hatten, habe er den schwachen Knall eines Schusses gehört.

Schon der erste Tag des Prozesses enthüllte ein Bild, das wie ein Bild ins Mittelalter annahm.

### Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

#### Betriebs-einstellungen in der Textilindustrie infolge Kohlenmangels.

Infolge Kohlenmangels, der durch das lange Anhalten des Bergarbeiterstreiks eintritt, ist es auch, wie wir im "Textilarbeiter" lesen, in der Textilindustrie bereits in einigen Gebieten zu Betriebs-einstellungen gekommen.

Anton, Spinnerei in Teplitz, 85 Arbeiter; Rindskopf, Spitzenfabrik, 36 Arbeiter; Großmann, Wisersch an (teilweise), 150 Arbeiter.

Der tschechoslowakisch-norwegische Handelsvertrag. Wie bereits gemeldet, wurde dieser Tage der Handelsvertrag zwischen Norwegen und der Tschechoslowakei unterschrieben.

Eine Frau — Vorsitzende des englischen Gewerkschaftsrates. Margaret Bondfield, der internationalen sozialistischen Frauenbewegung als eine der tatkräftigsten Kämpferinnen für die wirtschaftliche Gleichberechtigung der Frauen bekannt, wurde dieser Tage, wie die "Arbeiterzeitung" berichtet, von der obersten Körperschaft der englischen Gewerkschaften zur Vorsitzenden für dieses Jahr gewählt.

Die Teplitzer Kreisgewerkschaftskonferenz, die am vergangenen Sonntag abgehalten wurde und auf der Delegierte von mehr als 34.000 Mitgliedern versammelt waren, nahm, wie wir kurz bereits vermerkten, einen Antrag der Kreisgewerkschaftskommission auf Einhebung eines Bildungsbeitrages in der Höhe von zwei Kronen für ein Jahr und ein Mitglied an.

81 Millionenfache Teuerung in Deutschland. Im Anschluß an die neuerliche Markentwertung hat sich das Niveau der Großhandelspreise in Deutschland nach den Berechnungen des statisti-

schen Amtes am 2. Oktober auf das 84,5 Millionenfache des Friedensstandes erhöht, und ist gegen den 25. September, wo es das 6fache betrug, um 133,2 Prozent gestiegen.

Vor einem Eisenbahnerstreik in Polen? Die Warschauer Blätter berichten von der Möglichkeit des Ausbruchs eines Generallandesstreikes auf den Eisenbahnen.

### Devisenkurse.

#### Die tschechische Krone notiert in:

Table with exchange rates for Reich, Berlin, and Wien.

#### Prager Kurse am 4. Oktober.

Table with columns for Gold, Ware, and various currencies like 100 holl. Gulden, 1 Million Mark, etc.

#### Zürcher Schlusskurse am 4. Oktober.

Table with columns for Gold, Ware, and cities like Paris, London, Berlin, etc.

### Erziehungs- und Bildungsarbeit.

#### Die proletarische Bildungssteuerr.

Die Teplitzer Kreisgewerkschaftskonferenz, die am vergangenen Sonntag abgehalten wurde und auf der Delegierte von mehr als 34.000 Mitgliedern versammelt waren, nahm, wie wir kurz bereits vermerkten, einen Antrag der Kreisgewerkschaftskommission auf Einhebung eines Bildungsbeitrages in der Höhe von zwei Kronen für ein Jahr und ein Mitglied an.

### Wetterberichte der Staatsanstalt für Meteorologie in Prag.

Table with weather data for 4. Oktober 1923, including temperature, wind, and precipitation for various locations.

### Wo vertehren wir?

- List of cafes and restaurants: Café Continental, Goldenes Kreuzel, Gastwirtschaft Deutsches Vereinshaus, Gastwirtschaft "Lidový dům", Café "Nizza".

genden Worten begründet: „Die Berufung der Gewerkschaftsvertreter in die Körperschaften der sozialpolitischen Einrichtungen, ihre Mitwirkung und Beziehung zu den Beratungen über Wirtschaftsausschüssen, die Errichtung von Betriebsräten und Betriebsausschüssen, der ständig wachsenden Aufgabentkreis der Gewerkschaften, stellt immer größere Anforderungen an das Wissen der Funktionäre und Mitglieder. Die Kreisgewerkschaftskommission ist sich der Notwendigkeit einer umfassenden Schulungs- und Bildungsarbeit voll bewusst.“

### Kunst und Wissen.

Reinigung „Siegfried“. Sonntag bei aufgehobenen Abonnement Richard Wagners „Siegfried“ unter Spielleitung von Professor Franz Sörth-Berlin.

Wiederaufsetzen Richard Romanowitsch — Schauspiel Pepi Glöckner-Kramer. Heute Freitag spielt Richard Romanowitsch den Mr. Bullivant in der amerikanischen Komödie „Bauwan“.

Spielplan des Neuen Theaters. Morgen Samstag (6.—) die neue tschechoslowakische Operette „Die Siegerin“ mit Elise Lord-Meißner.

„Nabi“, die neue melodische Operette von Robert Stolz, wird Sonntag, den 14. Oktober im Neuen Theater zur Prager Erstaufführung gelangen.

### Mitteilungen aus dem Publikum.

OSRAM advertisement featuring a light bulb illustration and text: "Wer gutes Licht will, scheue die Kosten nicht. OSRAM NITRA muß auf den Glasglocke stehen."

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak. Druck: Deutsche Zeitungs-Verlagsgesellschaft, Prag.

Palma advertisement with palm tree illustration: "Verlangen Sie Palma Kautschukabsatz und Sohle von Ihrem Schuhmachermeister — Billiger als Leder — Schonen Nerven, Füße & Schuhe."